



## Folter und Tod inklusive



**Brasilien hat einen neuen Präsidenten. Der steht für einen stramm rechten Kurs, der die Gewalt im Land noch steigern wird. Johannes Augel ordnet die Wahl ein.**

In der Stichwahl vom 28. Oktober 2018 wurde Jair Bolsonaro zum Präsidenten Brasiliens und damit zum Regierungschef gewählt. Die internationale Presse sparte nicht mit Schreckensmeldungen. In Brasilien selbst war das gesellschaftliche Klima sehr polarisiert seit der Absetzung der Präsidentin Dilma Rousseff 2016 durch das Parlament und der Verurteilung von Luiz Inácio Lula da Silva zu zwölf Jahren Gefängnis. Die Arbeiterpartei (PT) und ihre Regierungen Lula (2003-2011) und Dilma (2011-2016) haben – so die Lesart der Konservativen – das Land in den Ruin getrieben.

### Bevölkerung wendet sich ab

Preissteigerungen, Rückgang aller wirtschaftlichen Indikatoren, zunehmende Unsicherheit und Kriminalität, Kollaps der sozialen Sicherungssysteme, Monate lange Wartezeiten im öffentlichen Gesundheitswesen und Bilder von langen Schlangen wartender Menschen vor Gesundheitsposten, Krise auf dem Arbeitsmarkt, Rassismus, Machismo, Hass auf Minderheiten, Gewalt gegen Frauen, Übergriffe und Kampagnen gegen Homosexuelle und sonstige Minderheiten, Rückkehr des Hungers als Alltagserscheinung, polizeiliche Willkür, alles in allem die Überzeugung von der Unfähigkeit der politischen Klasse und der Notwendigkeit eines Neuanfangs ohne und gegen die PT.

Dabei hat die Zeit linker Regierungen soziale Umwälzungen gebracht wie nie vorher in der brasilianischen Geschichte. Viele Millionen Menschen sind durch die mit dem ehemaligen Metallarbeiter Lula identifizierte Politik aus absoluter Armut zu kleinen und größeren beruflichen und materiellen Erfolgen aufgestiegen. So entstand beispielsweise eine schwarze Mittelschicht mit Karrieren, die noch vor zwei Jahrzehnten den Armen, den Favela-Bewohnern, den Nachkommen der Sklav\*innen verwehrt waren. In den Sozialen Medien zirkulieren Informationen über die Versuche einer systematischen Steuerung der öffentlichen Meinung durch millionenfache Fake-News, die zum Wachsen von Hass und Ressentiments beitragen.

### Präsident von ganz rechts

Bolsonaro, Hauptmann der Reserve und 28 Jahre als Hinterbänkler im Parlament, hat sich durch besonders reaktionäre Äußerungen bekannt gemacht, etwa gegen die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Hausangestellten, durch Hetztiraden gegen gesellschaftliche Randgruppen und Kriminalisierung von Armen und Dunkelhäutigen.

Bei dem Amtsenthebungsverfahren gegen die Präsidentin Dilma Rousseff schockierte er durch Lobsprüche auf einen der schlimmsten Folterter des Militärregimes, das er in vielen seiner Reden

nicht als Diktatur, sondern als eine »Bewegung« bezeichnet, die ihm als Garant für Ordnung und Fortschritt gilt. Dabei vertritt er, dass der Fortschritt auch heute noch Folter und Todesopfer als legitime Mittel brauche. Der gewählte Präsident steht in der öffentlichen Meinung und in der Sicht vieler großer Medien eindeutig in einem rechtsextremen Umfeld.

Wer als erste Maßnahme nach Amtsantritt die Liberalisierung der Waffengesetze ankündigt und im Wahlkampf mit Maschinengewehren hantiert; wer sich mit jemandem verbündet, der als neu gewählter Gouverneur von Rio de Janeiro seinen Polizisten zusagt, sie von vorneherein von jedem Untersuchungsverfahren freizustellen, wenn sie verdächtige Kriminelle erschießen, und das in einem Land, in dem 2017 mehr als 60.000 Menschen mit Feuerwaffen ermordet wurden, der verdiene es nicht – so Teile der Presse – in der Gemeinschaft zivilisierter Menschen zu verkehren.

### Der General und der Hauptmann

Sein Vize, General Hamilton Mourão, trat im Wahlkampf wenig in Erscheinung, betonte aber den Rangunterschied zwischen ihm als General und dem Hauptmann-Präsidenten. Er scheint in vielen Fragen radikalere und durchaus auch gegensätzliche Positionen zu vertreten. Eine andere Schwierigkeit der Regierung Bolsonaro, die am 1. Januar 2019 ihr Amt antritt, liegt bei der nur sehr kleinen Parlamentsfraktion seiner Partei, der PSL, von 52 Sitzen. Der neue Präsident wird gezwungen sein, für jede einzelne Parlamentsentscheidung Mehrheiten zu suchen und diese mit Zugeständnissen und – wie weitgehend üblich – mit Begünstigungen zu erkaufen.

Bolsonaro lässt sich demonstrativ mit Evangelikalen sehen. Seine Operation nach einem Messerangriff im Wahlkampf bezeichnet er als seine Rettung durch Gott. Die ihm nicht genehme Presse gilt ihm als »Lügenfabriken«. Die brasilianische Botschaft in Israel will er nach Jerusalem verlegen. In Sachen Umweltschutz will er sich nicht vom Ausland hineinreden lassen, sondern designierte eine bekannte Vertreterin der Chemie-Lobby zur Agrarministerin.

Johannes Augel ist Mitglied der Brasilien-Gruppe im Welthaus Bielefeld.

# Manipulierte Partizipation

Wie der brasilianische Staat das zivilgesellschaftliche Engagement im Land bekämpft und wie sich die Bevölkerung dagegen wehren kann, berichtet **Raúl Krauser**.

In den Ländern des Nordens schufen vielfältige historische Prozesse seit der bürgerlichen Revolution Staaten, die sich den Forderungen und der Partizipation der Bevölkerung gegenüber relativ zugänglich zeigten. Dagegen weist die Geschichte Brasiliens eine Abfolge von Staatsstreichen auf, die der Idee einer Demokratie als Regierung des Volkes durch die von ihm gewählten Vertreter immer abweisend gegenüberstanden.

Tatsache ist, dass sich die Entwicklung der Marktwirtschaft, also des Kapitalismus, in Brasilien wie in anderen peripheren Territorien gegen das Volk vollzog und ihm seine Kultur, seine Identität, Geschichte, alles in allem also seine Würde raubte. Das Parlament repräsentiert die Bevölkerung nicht: In einem Land mit mehrheitlich schwarzer Bevölkerung, die zur Hälfte aus Frauen besteht, ist das Parlament mehrheitlich weiß, männlich und von der Unternehmerschicht bestimmt. Es vertritt damit nicht die Interessen des Volkes, sondern jene der seit der Invasion Brasiliens privilegierten Gruppen.

## Politik gegen das Volk

Angesichts der ökonomischen Krise seit 2008 wurde ein Bündel von Maßnahmen gegen die grundlegenden Interessen des Volkes umgesetzt: erhebliche Kürzungen im Sozialetat und massive Einschnitte in die Rechte weiter Bevölkerungsschichten.

Diese Entwicklung verschärfte sich seit dem parlamentarischen Staatsstreich von 2016, bei dem die gewählte Präsidentin in einem fragwürdigen Impeachment-Verfahren abgesetzt wurde. Seither wurden beispielsweise Beiräte aufgelöst, in denen Volksvertretungen zu Wort kamen. Zahlreiche Abstimmungen fanden im Parlament hinter verschlossenen Türen statt.

So weicht das Volk auf die Straße aus, um seine Interessen zu artikulieren. Demonstrationen werden jedoch bis in die letzten Winkel des Landes hart verfolgt, um die Bevölkerung einzuschüchtern und die freie Meinungsäußerung zu beschneiden. Die Legislative setzt soziale Bewegungen mit terroristischen Vereinigungen gleich. Somit fallen sie unter die Antiterror-Gesetzgebung, wie sie anlässlich sportlicher Groß-



Ruft die Menschen auf, für ihre Ziele zu kämpfen: Raúl Krauser.

veranstaltungen (Fußball WM und Olympia) beschlossen wurde.

## Medien nicht mehr unabhängig

Weite Teile der Medienlandschaft liegen in Händen einer kleinen Unternehmergruppe, die direkt mit dem Finanzsystem verbunden ist und somit die Gegenreformen unterstützt. Das führt zu einer massiven Manipulation und Falschinformation der Bevölkerung.

Zudem unterliegt das Bildungssystem derzeit einer besorgniserregenden Umstrukturierung, deren Auswirkungen sich erst in einigen Jahren zeigen werden. So werden Lehrpläne in weiterführenden Schulen dergestalt reformiert, dass einstige Pflichtfächer wie Soziologie, Geschichte, Geographie und Philosophie durch rein technische Fächer ersetzt werden. Die Hochschulen im ganzen Land verkümmern, die Herausbildung einer Masse unkritischer, entfremdeter Menschen wird befördert, die Manipulation erleichtert.

Angesichts dieser Entwicklungen haben wir seitens der sozialen Bewegungen und Organisationen versucht, die Basisarbeit zu stärken. In Gesprächen mit betroffenen Personen und ganzen Gruppen diskutieren wir die drängenden Probleme und suchen gemeinsam nach Lösungen.

Wir haben auch nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den sozialen Organisationen gesucht und uns dabei auf »Frente Brasil Popular« (Aktionsfront Bra-

silien Von Unten) konzentriert, einem breiten Bündnis von Bewegungen, Parteien, Kirchen, zivilrechtlichen Vereinigungen und Gewerkschaften, um mit diesen sozialen Kräften ein Gegengewicht zu den herrschenden Medien und den staatlichen Gegenreformen zu bilden. Zudem haben wir alternative Medien geschaffen mit dem Ziel, der Bevölkerung eine differenzierte Sicht der Fakten und Prozesse zu bieten.

Für die etwa 40 Millionen Menschen umfassenden kleinbäuerlichen Familien in Brasilien wollen wir staatsunabhängige Aktionen fördern, die beispielsweise auf Fortschritte im ökologischen Landbau, die Wiederherstellung einer natürlichen Umwelt sowie die Errichtung von Orten sozialer Integration abzielen. Auch setzen wir uns aktiv für politische Veränderungen ein, die das Leben der Landgemeinden direkt betreffen, also Fragen des Erziehungswezens, der Gesundheit und der sozialen Sicherheit.

Wir verstehen es als unsere Aufgabe, den Gegenreformen zu widerstehen, die neoliberale Politik und ihre negativen Auswirkungen anzuprangern. Gleichzeitig rufen wir die Menschen auf, für ihre Ziele zu kämpfen, ihre Sache in die eigenen Hände zu nehmen und nicht passiv hinzunehmen, wenn sich staatliches und unternehmerisches Handeln gegen das Volk richtet.

Raúl Krauser ist Leiter der Kleinbauernbewegung MPA im Bundesstaat Espírito Santo. Übersetzung: Johannes Augel (Brasilien-Gruppe).